

MPRA

Munich Personal RePEc Archive

**Socio-Cultural Proximate Analysis:  
Benin Republic**

Kohnert, Dirk

Institute of African Affairs, GIGA-Hamburg

14 November 1991

Online at <https://mpra.ub.uni-muenchen.de/83760/>

MPRA Paper No. 83760, posted 09 Jan 2018 04:22 UTC

Kohnert, Dirk (1995): "*Sozio-kulturelle Kurzanalyse: Benin*",  
in: BMZ (Hrsg.), "*Sozio-kulturelle Fragen in der Entwicklungspolitik II*",  
Entwicklungspolitik - Materialien, N° 93, BMZ,  
Bonn, 1995:26 - 32 (ISBN:3-923343-17-5)

## **Sozio-kulturelle Kurzanalyse: Benin**

# 1. Legitimität

## 1.1 Problemstellung

Der 1989 in Benin einsetzende **demokratische Erneuerungsprozeß** gilt als Modell für ganz Afrika. Die von allen politisch relevanten Kräften getragene **souveräne Nationalkonferenz** (Febr. 1990) setzte eine neue zivile Regierung ein, schuf die Voraussetzungen für die Einhaltung wesentlicher Menschenrechte (Freilassung aller politischen Gefangenen, Versammlungs-, Presse- und Parteienfreiheit, politische Neutralität der Armee, etc.) und leitete die Wirtschaftsliberalisierung ein. Somit wurden effektiv **bessere Rahmenbedingungen** für den Aufbau demokratischer Strukturen geschaffen.

Der Demokratisierungsprozeß in Benin wurde **wesentlich von der intellektuellen Ober- und Mittelschicht der urbanen Zentren getragen**. Nicht zuletzt die immer düsteren Perspektiven des intellektuellen Kleinbürgertums und dessen Unzufriedenheit mit der zunehmenden Einschränkung seines Handlungs- und Verdienstspielraumes durch das System staatlicher Reglementierung haben den Brandsatz für den „zivilen Staatsstreich“ in Benin gelegt. Insbesondere die von Arbeitslosigkeit bedrohten Studenten und jungen Akademiker pochen heute auf die Gleichheit der Startchancen, die Einhaltung rechtsstaatlicher Normen und suchen nach politischen Organisationsformen, um eine stärkere Beteiligung an der politischen Macht durchzusetzen.

Die bisherigen Demokratisierungsbemühungen haben aber gezeigt, daß die Schaffung formeller institutioneller und rechtlicher Rahmenbedingungen nicht ausreicht, um den Demokratisierungsprozeß nachhaltig abzusichern. Die politischen Führer Benins sind sich – zumindest verbal – einig, daß allein mit der Schaffung neuer Gesetze oder verfassungsmäßiger demokratischer Institutionen, wie dem Mehrparteiensystem oder dem obersten Verfassungsgerichtshof (inauguriert am 7.6.93), dem Wirtschafts- und Sozialrat (zur Berücksichtigung der Anliegen der unzureichend im Parlament vertretenen analphabetischen ländlichen und städtischen Armen; Gründung steht noch aus) sowie dem Nationalen Medienrat (1993) wenig gewonnen ist. Im Verlauf des Jahres '93 erwies sich allerdings, daß Parteien und Regierung, beispielsweise beim Streit um die Einrichtung des Verfassungsgerichtes, weniger das Wohl der Bevölkerung im Auge hatten, als vielmehr das Bestreben, Bastionen im Kampf um die politische Macht zu gewinnen.

Daher sollte nicht vorschnell von den zunächst beeindruckenden Erfolgen der Nationalkonferenz sowie den anschließenden pluralistischen Wahlen automatisch auf die Legitimität von Staat, Parteien und Regierung in den Augen der Bevölkerung geschlossen werden. Die Herrschaft der beninischen Staatsführung beruht nicht auf dem Machtgleichgewicht im Volke fest verankerter politischer Verbände und gesellschaftlicher Gruppierungen oder auf einem Gefühl der nationalen Zusammengehörigkeit. **Weitaus entscheidender sind nach wie vor Klientelismus, Regionalismus, politische Ethnizität und konkurrierende „traditionelle“ Herrschaftssysteme.** Sie lassen die Kon-

fliktlinien zwischen Stadt und Land, Arm und Reich, Mann und Frau, Intellektuellen und Nicht-Alphabetisierten in einem anderen Licht erscheinen als im europäischen sozio-kulturellen Kontext. Dementsprechend vertritt der am 24. März 1991 auf fünf Jahre neu gewählte Staatspräsident Nicéphore Soglo faktisch nur eine Minderheit des Volkes. Der gegenwärtige Demokratisierungs- und Strukturanpassungsprozeß ist wesentlich ein Instrument der Herrschaftsicherung der Staatsklasse (d.h. der höheren Kader in Regierung, Parteien und öffentlichem Dienst), die – unter äußerem und innerem Druck – den neuen Mittelstand stärker an der Macht teilhaben lassen, um nicht ins politische Aus zu geraten.

In der Bevölkerung beginnt sich **Enttäuschung** breit zu machen über das Ausbleiben der erhofften Verbesserung der Lebens- und Wirtschaftsverhältnisse ebenso wie über das nach wie vor virulente System des Klientelismus und der Pfründenwirtschaft. Politiker und Bürger werden aber nur in dem Maße bereit sein, ihr traditionelles Klientel-Netzwerk der sozialen Sicherung zu verlassen, wie die Gesellschaft ihnen alternative Möglichkeiten der Überlebenssicherung und des Schutzes vor Aggression innerer oder äußerer Feinde bietet, oder letzteres zumindest glaubhaft macht.

Die herkömmlichen Entwicklungshilfestrategien der Geber, die durch die Förderung von Privatisierung, Liberalisierung und *institution building* versuchen, der staatlichen Korruption und Klüngelwirtschaft zu begegnen, haben unter den herrschenden sozio-kulturellen Bedingungen Afrikas allein wenig Chancen auf Erfolg. Wirklich unabhängige politische Gegenkräfte zu den bestehenden Patronagesystemen können nicht per Dekret geschaffen werden; sie wachsen allenfalls in einem langwierigen mühevollen Prozeß des Aufbaus einer Zivilgesellschaft von innen heraus.

## 1.2 Zur Legitimität staatlicher Strukturen

Die überwiegende Mehrheit (ca. 60-70 %) der Bevölkerung – insbesondere auf dem Lande, aber auch die ärmeren Schichten in den Städten – ist eingebettet in eine politisch-administrative Struktur, die sich als **Kommandostaat** charakterisieren läßt. Politisch-militärisches Verwaltungshandeln hat spätestens seit dem Beginn der Kolonialzeit – im alten Königreich Abomey des südlichen Benin auch schon in vorkolonialer Zeit – ein ausgefeiltes, bis in die kleinsten Dörfer reichendes Planungs-, Verwaltungs- und Abgabensystem etabliert, das ähnliche Strukturen aufweist wie militärisches Handeln. Prinzipiell darf nur das, was ausdrücklich angeordnet wurde, gemacht werden. Ob die jeweilige Anordnung legal ist, das heißt den geltenden Gesetzen oder Rechtsnormen entspricht, ist zweitrangig. Der Normalbürger hat faktisch keinen Anspruch auf die Dienstleistungen der Verwaltung oder der Politiker, wenn er nicht bereit ist, diese auch zu honorieren und beharrlich über den gesamten Instanzenweg zu verfolgen.

Kurz gesagt, die rechtsstaatliche Form der Staatsverfassung wurde Ländern wie Benin nur von den Kolonialherren übergestülpt. Sie ist nicht von innen heraus gewachsen. Ihre Einhaltung entspricht – zumindest bislang – nicht dem Interesse der Herrschenden. Im Konfliktfall siegt in der

Regel deren vorrangiges Bezugssystem, das „traditionelle“ informelle System der Klientelbeziehungen und der Pfründenwirtschaft. Dieses Gesellschaftssystem beruht nicht nur auf vorkolonialer afrikanischer Tradition, sondern wurde von den Kolonialherren, ebenso wie von den neuen afrikanischen Führern nach der Unabhängigkeit, aus Eigeninteresse systematisch aufrechterhalten und sogar noch auf bis dahin herrscherlose Ethnien ausgeweitet.

Die staatliche Verwaltung in Benin hat sich durch generationenlange Ausbeutung, Repression jeglicher politischer Opposition und Mißachtung von eigenen Entwicklungsanstrengungen der Bevölkerung soweit vom Volke entfernt, daß insbesondere die **ärmeren Schichten jeden Kontakt mit der Staatsmacht meiden**. Allenfalls entwickeln sie eine passive Nehmermentalität, bei der es darum geht, das Maximum aus dem jeweiligen Staatsträger (oder Geber) herauszuholen. Dabei bleibt die Festigung des Vertrauens auf die eigene Kraft in der Regel auf der Strecke. Entwicklungshilfe wird in Staaten wie Benin, die durch jahrzehntelange Mißwirtschaft und verschlechterte wirtschaftliche Rahmenbedingungen seit Jahren **am Tropf der Entwicklungshilfe** hängen, von der herrschenden Elite und teilweise auch von den „ländlichen Armen“ als Beute betrachtet, die man den Gebern – manchmal im Kampf mit konkurrierenden Klientelfraktionen – abjagt. Unter solchen Umständen sind auch die je nach Land mehr oder weniger ausgefeilten **Planungsstrukturen** zur Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft nicht viel mehr als Makulatur.

Dieses nur für Eingeweihte noch überschaubare Geflecht an formellen und informellen Entscheidungsstrukturen, divergierenden Klassen- und Cliqueninteressen und wechselnden Allianzen verschiedener Klientelstrukturen fördert Willkür, Korruption und Vetternwirtschaft. Unabhängige Beobachter wie Mgr. de Souza, einer der Gründungsväter der Nationalkonferenz von 1990 und Präsident des Hohen Rates (oberstes Verfassungsorgan bis zur Einsetzung des Verfassungsgerichtes am 7.6.93) sind denn auch der Meinung, daß Korruption und Vetternwirtschaft mit dem *Renouveau* nur auf mehr Schultern verteilt wurden und eher noch zu- als abgenommen haben.

### 1.3 Zur Legitimität alternativer Gesellschaftsstrukturen

#### 1.3.1 Religiöse Institutionen

Der weitaus größte Teil der Bevölkerung Benins (rund 62%) gehört **animistischen Religionen** an, deren Institutionen (Fetische, Geheimgesellschaften, Initiationsriten) in Benin, dem Eldorado der Magie und des *Vodoun*, noch weitgehende Legitimitätsgeltung beanspruchen. Sie bestimmen tatsächlich – viel weitgehender, als an der Oberfläche sichtbar wird – das Denken und Handeln der Menschen. Weitgehend unabhängig von der religiösen Orientierung oder dem Ausbildungsstand sind Magie und Hexerei – alle Gesellschaftsschichten übergreifend – nach wie vor ein wichtiger Bestimmungsgrund des Denkens und Handelns der einfachen Bevölkerung ebenso wie politischer Entscheidungsträger. Seit dem Ende der Kolonialzeit wird

dieser Glaube auch zunehmend politisch instrumentalisiert, z.B. im Rahmen politischer Hexenjagd, wie im Kampf Kérékou (der sich selbst der Beratung eines *Marabouts* im Range eines Staatsministers (M. Cissé) versicherte) gegen die „Relikte des Feudalismus“ im Benin der 70er Jahre. Als Quelle von (spiritueller) Macht dient die Bezugnahme auf magische Kräfte (z.B. Schutz vor schwarzer Magie) – in Hochburgen des „Traditionalismus“ ebenso wie bei „modernen“, westlich ausgebildeten Staatsführern, wie dem ENA-Absolventen und heutigen Staatspräsidenten Soglo – zur Absicherung von politischer Herrschaft.

Die traditionellen Gebote des *Vodoun* sowie verwandter Glaubenssysteme dienen der Stärkung tradiert familiärer und ethnischer Strukturen. Unter sonst gleichen Bedingungen fördern sie im Konfliktfall zwischen tradiertem Werteerhalt und übergeordnetem nationalen Wertesystem (z.B. Kampf gegen die Korruption) eher die Aufrechterhaltung von Patronagenetzwerken, inklusive Loyalitätsbeweisen, die wir als „korrupt“ verwerfen würden. Neuere Bestrebungen, den *Vodoun* als staatstragende Volks-Religion offiziell anzuerkennen, wurden während des ersten internationalen Festivals zur Kultur des *Vodoun* im Febr. '93 in Ouidah offensichtlich. Sie gehen einher mit einem impliziten allmählichen Wandel des Inhaltes und der Ethik dieser Glaubenssysteme. Möglicherweise gibt es hier Ansatzpunkte für die Verankerung einer neuen authentischen afrikanischen Ethik der nationalen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung.

Das Anknüpfen entwicklungspolitischer Maßnahmen an diesen „traditionellen“ sozio-kulturellen Institutionen ist bislang jedoch nur beschränkt – und auch nur insoweit möglich, wie sie einen gesellschaftspolitisch emanzipatorischen Gehalt haben. Ein positives Beispiel im Bereich der Gesundheitsvorsorge (DED) ist die Zusammenarbeit mit Fetisch-Masken bei der Verbreitung von präventiven medizinischen Maßnahmen (Impfaktionen, Bevölkerungsplanung etc.) in der Region Cové.

Die **christlichen Kirchen** (überwiegend Katholiken) haben eine über ihre geringe zahlenmäßige Stärke (ca. 24% der Bevölkerung) hinausgehende Bedeutung. Sie genießen auch bei den Animisten zumindest größeres Vertrauen als der Staatsapparat, wie die landesweite Anerkennung des Bischofs von Cotonou, Mgr. de Souza, als unparteiischem Leiter der Nationalkonferenz und seine Ernennung zum Präsidenten des Hohen Rates der Republik im Jahre 1990 zeigte. Das Gewicht der christlichen Kirchen ist aber auch deswegen überproportional groß, weil die Mehrheit der Entscheidungsträger des Landes Christen sind oder zumindest in christlichen Schulen ausgebildet wurden. Der **Islam** (14 % der Bevölkerung) spielt in Benin demgegenüber (noch) eine untergeordnete Rolle. Allerdings haben religiös-ethnische Konflikte zwischen Islamisten und Anhängern des *Vodoun* im April '93 in Porto Novo, bei denen zwei Tote und über 20 Verletzte zu beklagen waren, die Befürchtung geweckt, daß es nun auch in Benin zu Verschärfung und Instrumentalisierung religiöser Konflikte kommt.

### 1.3.2 Nicht-Regierungsorganisationen (NRO)

Generationenlange negative Erfahrungen mit staatlich verordneten „Selbsthilfe-Organisationen“, insbesondere im ländlichen Genossenschaftsbereich haben den **Gedanken staatlich geförderter Selbsthilfe bei der ländlichen Bevölkerung gründlich diskreditiert**. Die (noch) vorhandenen staatlich geförderten Bauernorganisationen der CARDER (besonders in Süd-Benin) repräsentieren in der Regel nicht die Zielgruppe der Klein- und Mittelbauern sondern einen Filz aus Großbauern-, Provinz- und Regionalverwaltungsinteressen.

Die NRO, die mit der Verbesserung der politischen Rahmenbedingungen im Zuge der Strukturanpassung wie Pilze aus dem Boden sprießen, sind ebenfalls in den wenigsten Fällen in den Gruppen, denen sie zu helfen vorgeben, verankert. Vielfach sind sie eher Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für die intellektuelle Oberschicht oder sie entspringen kommerziellen Privatinteressen, die mit dem Mantel der Förderung des Allgemeinwohls verbrämt werden. Die Entwicklungshilfe kann daher in der Regel nicht an bereits existierende tragfähige NRO anknüpfen. Sie müßte vielmehr auch hier erst einmal helfen, die notwendigen selbstbestimmten Trägerstrukturen und öffentliche Institutionen zu schaffen, in denen Bauern und Bäuerinnen ihre Interessen effektiv gegenüber Partikularinteressen von Staatsbeamten und Entwicklungsexperten vertreten können.

### 1.3.3 „Traditionelle“ Autoritäten

Legitimität läuft – insbesondere auf dem Lande – auch heute noch weitgehend über ein auf hierarchischen Strukturen und Reziprozität aufbauendes „traditionales“ **Klientel- oder Patronagesystem**. Der sozialistische Staat versuchte – ohne durchschlagenden Erfolg – in den siebziger Jahren durch gelenkte landesweite politische Hexenjagd im Rahmen des „Kampfes gegen den Feudalismus“ den Einfluß traditioneller Herrscher (Fetischeure, Landadel etc.) auszumerzen. Immerhin kann man aber konstatieren, daß dieses System nur noch der Form nach auf vorkolonialen Strukturen der Solidarhilfe und der gegenseitigen Anerkennung beruht, die seit dem Beginn der Kolonialzeit systematisch instrumentalisiert und ausgehöhlt wurden. **„Traditionelle Herrschaft“ und „moderne“ Staatsmacht sind untrennbar miteinander verwoben**; die Vertreter der Staatsklasse bis hinunter zur Dorfebene sind heute integraler Bestandteil des angeblich „traditionellen“ Klientelsystems.

### 1.3.4 Frauenspezifische Legitimitätsstrukturen

Da die geschlechtsspezifischen Strukturen je nach ethnischer Zugehörigkeit sehr unterschiedlich sind, lassen sich kaum für ganz Benin gültige Aussagen machen. Zumindest bei den Fon und Ayzio im südlichen Benin haben **Frauen und Männer signifikant unterschiedliche Probleme, Interessen und soziale Bezugssysteme**. Wandel und Entwicklung verknüpfen die Frauen eher mit dem Zusammenbrechen traditioneller Solidarhilfe, dem Auseinanderbrechen der Familien und Individualisierung als beispielsweise

se mit Wirtschaftswachstum oder erhöhten Ernteerträgen. Frauen wollen zwar auch bessere Lebensverhältnisse, aber sie machen letztere nicht so stark wie ihre Männer an Symbolen, wie den *réalisations sur le terrain* fest. Ihre Vorstellungen sind mehr an ihrem Mikrokosmos ausgerichtet, nicht so verdinglicht, und sie erwarten nicht so viel von der Außenwelt.

Die meisten **Frauen sind an den politischen Entscheidungsstrukturen nicht oder nur marginal beteiligt**. Sie fühlen sich dementsprechend auch nicht autorisiert, über Politik und Wandel im Dorf zu sprechen. Ihr Bezugssystem ist – noch stärker als bei den Männern – ihr religiöser Glaube, ihr *Vodoun*. Das Ausbleiben des Regens oder die wirtschaftliche Krise ist in ihren Augen letztendlich auf die Vernachlässigung der Götter und die Nichtachtung religiöser Tabus durch den Staat zurückzuführen.

## 2. Entwicklungsstand

Gemessen am langfristig stagnierenden Bruttosozialprodukt pro Kopf (US \$ 380) **gehört Benin zu den ärmsten Ländern der Welt**. Auf der Skala der allgemeinen Lebensqualität (Lebenserwartung, Ausbildung, Kaufkraft etc.) des *human development index* des UNDP, liegt Benin ebenfalls auf den unteren Rängen an 37. Stelle von allen 47 erfaßten Ländern Schwarzafrikas.

Die **interne Sozial- und Wirtschaftsstruktur** Benins ist geprägt durch seine Geschichte des Sklavenhandels und die französische Kolonialisierung, die die Entwicklung eines eigenständigen Nationalstaates und -gefühls erschwerte. Die Franzosen installierten unter Ausnutzung der hierarchischen Sozialstrukturen semi-feudaler Königreiche, wie dem ehemaligen Dahomey, überseeische Handelshäuser, die mit ihrer Im- und Exportpolitik die Konkurrenz afrikanischer Unternehmer im Keime erstickten, so daß sich **nur ansatzweise eine heimische Mittelschicht herausbilden konnte**. Diese Tendenz setzte sich auch nach der Unabhängigkeit (1960) im Rahmen der staatlichen Reglementierung des Wirtschaftslebens fort. Ein Großteil der ausgebildeten Fachkräfte des damaligen Dahomey, die in dem *closed shop* der sich herausbildenden Pfründenwirtschaft (s.o.) keinen Platz mehr fanden, wanderte daher aus. Mit der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Liberalisierung ab 1990 konnte dieser *brain drain* teilweise gestoppt werden und einige der führenden Köpfe (z.B. Staatschef Soglo, Oppositionsführer Tévoédjè) der ehemals im Exil lebenden Beniner bilden nun die Speerspitze der politischen Elite des Landes.

Festzuhalten bleibt, daß die heute von den Gebern als **„Entwicklungshemmnisse“** bezeichneten gesellschaftlichen Strukturen oder „schlechte Regierungsführung“ wenig mit mangelnder Fachkompetenz oder unzureichender Ausbildung zu tun haben. Ein Präfekt vom Lande, der nur über Grundschulbildung verfügt, kann zum Beispiel eine ungleich klarere Sicht der Probleme der Bauern haben und auch danach handeln, zumal wenn er selbst Sohn eines Kleinbauern ist, als ein Universitäts-Professor und Landwirtschaftsminister, der einer alteingesessenen Familie tra-

ditioneller Herrscher in Abomey oder der Kleinbourgeoisie von Porto Novo entstammt. Es handelt sich hier um allgemeine Phänomene des **Zivilisationsprozesses** (im Sinne N. Elias): der Herausbildung nationalstaatlicher Strukturen, Ideologien, der Individualisierung des Staatsbürgers und der allmählichen Monopolisierung von Gewaltausübung auf staatlicher Ebene, die nicht von heute auf morgen einfach erlernt oder kopiert werden kann. Die Individuen eines Staatsgebildes werden nur in dem Maße bereit sein, auf eigene Gewaltausübung zu verzichten, wie die höheren gesellschaftlichen Instanzen ihnen ein Mindestmaß an (standesgemäßer) Überlebenseicherung und Schutz vor Aggression von inneren und äußeren Feinden bieten, oder dieses zumindest glaubhaft machen. Es wäre daher fatal zu glauben, die oben genannten „Entwicklungshemmnisse“ ließen sich einfach durch verstärkte Investition in *human capital* überwinden.

Die Institutionalisierung von Organen der **Zivilgesellschaft** und einer pluralistischen Demokratie westlichen Musters, wie sie jetzt von den Gebern ihren afrikanischen Partnern ans Herz gelegt wird, ist selbst das Produkt eines jahrhundertelangen gesellschaftlichen Zivilisationsprozesses in Europa, der auch hier noch nicht abgeschlossen und höchst fragil ist. Er hat einen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Liberalisierungsprozeß, insbesondere die Herausbildung eines „freien Marktes“ als wesentliche Grundlage. Letzteres ist nicht nur wegen der historisch gewachsenen Auswirkung auf die Gesellschaftsstruktur und gesellschaftliche und politische Organisation (Trennung von Lohnarbeit und Kapital und der damit verbundenen Interessenvertretungen, Arbeiterbewegungen, Gewerkschaften, etc.) relevant, die in Benin bisher allenfalls im staatlichen Wirtschaftssektor, im Öffentlichen Dienst und ansatzweise im informellen Sektor entwickelt ist. Der **Markt** als unpersönlicher und „neutraler“ gesellschaftlicher Regulator der Verteilung von Ressourcen ist außerdem eine entscheidende geschichtliche Voraussetzung für die Verankerung grundlegender demokratischer Konzeptionen und Werthaltungen in der Bevölkerung, wie der Idee der Gleichheit der Individuen vor dem Gesetz oder des gleichberechtigten Wettbewerbs verschiedener Parteien und Programme. Dieser Prozeß der Verankerung der Prinzipien des freien Wettbewerbs, des Äquivalenztausches, der Gleichheit der Startchancen etc., in den Köpfen der Bürger hat – gemessen an weltgeschichtlichen Dimensionen – in Benin aber gerade erst begonnen.

Angesichts des Zusammenbruchs des staatlich gelenkten Wirtschaftssystems und der stagnierenden Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten im formellen Sektor, reichen die hier gebotenen regulären Verdienstmöglichkeiten nicht mehr aus, um den Lebensunterhalt der dort Beschäftigten zu sichern. Die scheinbar desolante **Arbeitsethik** in diesem Sektor trägt dem Rechnung: wenn das Monats-Einkommen auf allen Einkommenniveaus (vom Landwirtschaftsberater über den Universitätsprofessor bis hin zum Minister) nicht mehr ausreicht, um auch nur zwei Wochen des bisher gewohnten Lebensunterhalts zu bestreiten, dann dient der **Arbeitsplatz im formellen Sektor nur als Sprungbrett für die Absicherung der Verdienstmöglichkeiten im informellen Sektor**. Letzterer wurde oft

durch die koloniale Grenzziehung und andere Handelshemmnisse in seiner Entwicklung behindert. Nach der Unabhängigkeit zog sich ein großer Teil der Unternehmer vor der zentralistischen „sozialistischen Planwirtschaft“ bzw. der unersättlichen Bereicherungssucht des afrikanischen „Kommandostaates“ in den Untergrund der Schattenwirtschaft des informellen Sektors zurück.

Unter dem Vorzeichen der „afrikanischen Krise“ ist die afrikanische **Schattenwirtschaft** – alle Gesellschaftsschichten übergreifend – zu einem wesentlichen Mittel der Überlebenseicherung geworden. Die Parallelmärkte richten sich an den historisch gewachsenen lokalen wirtschaftlichen Ressourcen, Gesellschaftsstrukturen und sozio-kulturellen Bedingungen aus. Sie können somit auch – besser als die überkommenen, künstlich geschaffenen und oft kaum überlebenschäftigen kolonialstaatlichen Strukturen – eine regionale wirtschaftliche und politische Integration „von unten“ bewirken. Der informelle Sektor gewinnt dementsprechend immer größere Bedeutung, dem die entwicklungspolitischen Maßnahmen stärker als bisher Rechnung tragen sollten. Diese Bedeutung ist – sowohl was Ausmaß als was Inhalt angeht – je nach Schicht- oder Klassenzugehörigkeit unterschiedlich: während er für die marginalisierten Kleinbauern oder den öffentlichen Angestellten der unteren Lohngruppen im wörtlichen Sinne überlebensnotwendig ist, dient er dem Mittelbau der Beamtenschaft und der Politiker zur Absicherung ihres bisherigen Lebensstandards, und für einige wenige kapitalkräftige Geschäftsmänner und Profiteure ist er eine lukrative Pfründe (z.B. Schmuggel und Drogenhandel besonders über die nigerianische Grenze).

Allerdings entzieht die Parallelwirtschaft, wie z.B. der Benzin-Schmuggel zwischen Benin und Nigeria, dem Staat wesentliche Ressourcen, die er dringend zur Entwicklung des Landes benötigt.

Der **Glaube an Magie und Hexerei** besteht in Benin, dem Eldorado des *Vodoun*, ungehemmt fort (s. Kap. 1.3.1). Dieses ist nicht zuletzt eine sozialpsychologische Reaktion auf die durch die „afrikanische Krise“ bedingte zunehmende Unsicherheit der Lebensperspektive im Allgemeinen und auf das zunehmende Konfliktpotential sozialer Differenzierungsprozesse im Rahmen der „Modernisierung“ von Wirtschaft und Gesellschaft im Besonderen. Der Glaube an Magie und Hexerei ist allerdings alles andere als „irrational“. Seine innere Logik – geprägt durch die Philosophie, daß hinter jedem Mißgeschick jemand steckt, der dafür persönlich verantwortlich ist, und nichts dem Zufall überlassen bleibt – ist zwar mit den Kategorien europäischen naturwissenschaftlich geprägten Denkens kaum zu verstehen; seine erkenntnistheoretische Struktur ist aber ebenso zweckrational wie etwa die handlungsleitende Ethik des protestantischen Geistes des Kapitalismus; nur ist sie inhaltlich – im Gegensatz zur protestantischen Ethik – nicht unmittelbar mit der Förderung von individuellem Leistungsbewußtsein und Erwerbsstreben verbunden, sondern diesem eher abträglich. Der liberalistischen Maxime, die die individuelle Bereicherung (Akкумуляtion) als Voraussetzung der Mehrung des Wohlstands der Nation zum Ideal erhebt, steht die Mehrheit der afrikanischen Bevölkerung, die sich noch eher an den Geboten

des „traditionellen“ familiären, ethnischen oder kommunalen Solidarsystems orientiert, verständnislos gegenüber; gleiches gilt für die Monopolisierung und Zentralisierung des Gewalt- und Abgabenmonopols im Rahmen des „modernen“ Nationalstaates, oktroyiert durch die Kolonialherren gemäß europäischem Muster. Die vorhandenen signifikanten Unterschiede in Form und Inhalt von Magie und Hexenglauben verschiedener Ethnien sind nur vor dem Hintergrund des kulturellen und gesellschaftlichen Rahmens, der Produktions- und Lebensweise der Bevölkerung, in denen dieser Glaube entstanden und eingebettet ist, erklärbar. Eine stärkere Berücksichtigung sowohl der positiven als auch der negativen Elemente dieses Glaubens könnte allerdings generell die entwicklungspolitische Beratung verbessern.

Die **Verschriftlichung** der Kulturen der verschiedenen Ethnien steckt noch in den Anfängen. Aufgrund der noch aus der Kolonialzeit resultierenden ungleichen Verteilung und Qualität der Infrastruktur im Bildungs- und Gesundheitsbereich gilt auch hier der Norden gegenüber dem Süden als benachteiligt. Im nationalen Durchschnitt gelten nur 23% der erwachsenen Bevölkerung (Frauen nur zu 16%) als alphabetisiert. Die Einschulungsquote liegt derzeit bei 63%. Frauen sind generell gegenüber den Männern in der Ausbildung unterprivilegiert. Da die Mehrheit der Bevölkerung des Lesens unkundig ist, kommt die Liberalisierung des Pressewesens in erster Linie der städtischen Mittel- und Oberschicht zugute. Auch über den Rundfunk ist die Landbevölkerung angesichts des nicht auf ihre Bedürfnisse zugeschnittenen Programms nur begrenzt erreichbar.

Der **technologische Entwicklungsstand** des Landes ist geprägt durch eine niedrige Produktivität in allen Wirtschaftssektoren. Versuche, durch flächendeckende Einführung „moderner“ importierter Technologien die „Grüne Revolution“ nach dem Vorbild asiatischer Länder einzuleiten, schlugen insbesondere im Nahrungsmittelanbau fehl. Nur im Baumwollanbau konnten – dank hoher Subventionierung der *inputs* und der Handelsketten – „moderne“ Anbaumethoden Fuß fassen. Die von den ländlichen Entwicklungsdiensten (und -projekten) besonders im Süden des Landes empfohlenen Neuerungen – ebenso wie die gewählten Beratungsmethoden – entsprachen in der Regel nicht den naturräumlichen Gegebenheiten oder schichtspezifischen Problemen der Zielgruppen. Ein gutes Beispiel dafür ist die seit der Kolonialzeit in Süd-Benin immer wieder vergeblich versuchte Einführung der tierischen Anspannung. Die durchaus vorhandenen Bemühungen der Bauern, eigene angepasste technische Lösungen zu finden, wurden bisher wegen der **besonders unter den staatlichen Landwirtschaftsberatern und Experten verbreiteten blinden Modernisierungs- und Technologiegläubigkeit** gar nicht oder nur unzureichend zur Kenntnis genommen.

Auf Grund der unterschiedlichen naturräumlichen, klimatischen und geschichtlichen Gegebenheiten ist die Bevölkerung Benins sehr ungleich über das Land verteilt, was u.a zu negativen ökologischen Auswirkungen führte: Der Süden des Landes ist mit 282 Einwohnern/qkm im *Département Atlantique* dicht besiedelt, was zum Raubbau an

der Natur und zu einer besorgniserregenden Degeneration der landwirtschaftlich nutzbaren Böden geführt hat. Besonders hier gilt **Abholzung und Degradation der Böden derzeit als das langfristig schwerwiegendste Problem der ländlichen Entwicklung**. Dessen Ursachen sind aber nicht nur demographischer Natur. Die Schwächung „traditioneller“ sozio-kultureller Regelmechanismen, z.B. die Beseitigung religiöser Tabus unter dem Kérékou-Regime hinsichtlich des Erhaltes „heiliger Wälder“, hat dieses Problem verschärft. Bisher fehlen ökologisch tragbare Alternativen, um den Raubbau aufzuhalten. Der Norden des Landes ist dagegen mit nur 12 Einwohnern/qkm im *Département Borgou* dünn besiedelt. Die immer schlechter werdenden Chancen der Überlebenssicherung auf dem Lande führen zu einer **in den letzten beiden Jahrzehnten verstärkten Landflucht** und zu einem **hohen Verstädterungsgrad** (42 %). Die Einwohnerzahl Cotonous zum Beispiel stieg von 1975 bis 1984 um ca. 170 % auf nahezu eine halbe Million Einwohner.

### 3. Heterogenität

#### 3.1 Politisch und gesellschaftlich relevante Gruppierungen

Eine **Tendenz zum Zwei-Parteien-System** ist unverkennbar: Die im Juni '92 gebildete Regierungskoalition *Le Renouveau* sicherte der Regierung Soglo zum ersten Mal die Parlamentsmehrheit; sie umfaßte 34 der 64 Parlamentsabgeordneten aus 10 Parteien. Widersprüche innerhalb des Regierungslagers wurden im Laufe des Jahres 1993 offensichtlich, als es um die Besetzung von Ministerposten bei der lange erwarteten und von Soglo immer wieder hinausgezögerten Kabinettsumbildung ging, bei der sich die Partner Soglos übergangen fühlten. Letztere beschwerten sich zunehmend über die angebliche Vetternwirtschaft und den autokratischen Regierungsstil Soglos. Théophile Béhanzin-Paoletti, bis dahin Führer der Regierungskoalition, verließ letztere am 12.10.93 mit 15 weiteren Dissidenten, um eine neue Gruppierung, *Les Indépendants*, zu bilden. Mit den 19 verbleibenden Abgeordneten verlor das *Renouveau* zwar die Parlamentsmehrheit, blieb aber die stärkste Fraktion. Um im Hinblick auf die Parlamentswahlen im nächsten Jahr eine solidere Mehrheit wiederzugewinnen, gründeten Soglo nahestehende Politiker und Minister eine neue Partei (*Rassemblement Africain pour le Progrès et la Solidarité*, RAP); letztere hat jedoch bisher im Parlament keinen Sitz, und ihre Verflechtung mit der 1992 von Soglos Ehefrau, Rosine Soglo, gegründeten Partei *Renaissance du Bénin* (RB), der der Staatspräsident im Juli beitrug, ist unklar.

Im Februar '93, am dritten Jahrestag der Nationalkonferenz von 1990, schlossen sich 22 Parteien zur Oppositionsfront *Convention Nationale des Forces du Changement* zusammen. Letztere umfaßt die **wichtigsten Oppositionsparteien** *Notre Cause Commune* (NCC) des links-liberalen Albert Tévoédjrè, die *Parti pour le Renouveau Démocratique* (PRD) des Parlamentspräsidenten Adrien Houngbédji (Soglos unterlegener Rivale bei den Präsidentschaftswah-

len '91) sowie die *Parti pour la Démocratie et le Développement* (PDD) des ersten Staatspräsidenten Benins, Hubert Maga. Formell breitete sich das Parteienspektrum (insgesamt 47 Parteien) allerdings mit der Gründung (am 9.6.) einer reformierten Kommunistischen Partei, der *Parti Communiste du Bénin* (PCB), als Nachfolgeorganisation der in der Kérékou-Ära im Untergrund arbeitenden Hauptoppositionspartei PCD, weiter aus; diese Partei befindet sich aber heute im politischen Abseits.

Die Vielfalt der Parteienlandschaft täuscht leicht darüber hinweg, daß sich die meisten Parteiprogramme inhaltlich kaum voneinander unterscheiden. Sie dienen mehr dem Stimmenfang für die jeweilige Klientel, bzw. für regionale oder ethnische Gruppierungen als dem Wohle der Nation. Die Präsidentschaftswahlen vom März 1991 sowie die Kabinettsumbildung vom Juni 1991, bei der sich der Präsident Soglo genötigt sah – entgegen der Verpflichtung zum Personalabbau im Rahmen des Strukturanpassungsprogramms – die Zahl der Ministerposten (und Pfründe) von 15 auf 20 zu erhöhen, bestätigten diese Tendenz.

Die Nationale Einheitsgewerkschaft (UNSTB) löste sich 1990 aus der Umklammerung durch die Einheitspartei. Die Lehrgewerkschaft und andere berufsständisch organisierte **Gewerkschaften** spalteten sich ab August 1989 von der Einheitsgewerkschaft ab. Die politisch aktivsten sind die Lehrer und Studenten sowie die Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes (*Fédération Nationale des Syndicats de l'Administration Publique*, FENSAP); letztere setzten z.B. im Mai 1992 durch, daß die Regierung Pläne, die Diäten der Parlamentsabgeordneten kräftig zu erhöhen (mit FCFA 500.000 bis 800.000 plus sonstige Vergünstigungen betragen sie das Vierzigfache des eingefrorenen gesetzlichen Mindestlohnes), nach empörtem Aufbegehren der Öffentlichkeit wieder zurückziehen mußte.

Bezüglich der verschiedenen **religiösen Institutionen** und nicht-staatlichen Gesellschaftsstrukturen sei auf Kapitel 1.3 verwiesen.

### 3.2 Regionale und ethnische Differenzierung

Die wichtigsten **ethnischen Gruppierungen** sind die Fon, Yoruba und Aizo im Süden sowie die Bariba, Somba, Dendi und Fulbe im Norden des Landes. Die größten Ethnien des Südens, die Fon und Yoruba, die etwa ein Viertel der Gesamtbevölkerung ausmachen, wurden wegen ihrer guten westlichen Schulbildung bereits in der Kolonialverwaltung des gesamten französisch Westafrika bevorzugt. Sie begründeten den Ruf des damaligen Dahomey als *Quartier Latin* des frankophonen Afrika. Im Norden dominieren seit der Kolonialzeit die Dendi die staatliche Verwaltung, Handel und Handwerk. Die **politische Instrumentalisierung von regionaler und ethnischer Zugehörigkeit** bildete nach der Unabhängigkeit bis zum Staatsstreich Kérékous (1972) das Grundmuster der Politik des damaligen Dahomey. Die daraus resultierende politische Instabilität (5 Staatsstreich, 3 gescheiterte Coups, 5 Verfassungen, 10 Staatspräsidenten, etc.) machte das Land nahezu unregierbar. Die neue Nationalverfassung von 1990 versucht dem entgegenzuwirken, jedoch bisher ohne sichtbaren Erfolg. Die Wählerschaft orientierte sich bei den Wahlen im

Frühjahr 1991 vorrangig an der Popularität der Parteiführer und deren regional-ethnischer Herkunft (s. Kap. 1.2 und 1.33).

Der Putschversuch einer Gruppe von Armeeeingehörigern aus dem Norden unter Pascal Tawes, einem ehemaligen Offizier der Präsidialwache Kérékous, im Mai und August '92 ließ die alten Zerwürfnisse zwischen den Ethnien des Nordens und des Südens wieder aufbrechen. Erstere beschwerten sich schon in der Kolonialzeit über ihre Marginalisierung gegenüber dem Süden, und die Massaker an Hunderten Bewohnern des Nordens in den 60er Jahren unter der Regierung des verstorbenen Präsidenten General Christophe Soglo sind z. B. in Parakou noch unvergessen. Gerüchte über die Unterstützung der Putschisten durch den togoischen Staatspräsidenten verstärkten außerdem Befürchtungen, Eyadéma könne zur Destabilisierung auch im benachbarten Benin beitragen.

### 3.2 Sozio-ökonomische Differenzierung

Die Herausbildung einer weitgehend auf die **Städte** konzentrierten kleinen Schicht der Intelligenz, der Staatsklasse und der nationalen Bourgeoisie im Handel, Transport- und Dienstleistungssektor wurde bisher nicht von der Kehrseite einer marginalisierten verelendeten Masse in den urbanen Zentren Benins begleitet, wie etwa im benachbarten Nigeria. Anscheinend bietet der informelle Sektor – im Süden Benins insbesondere der (Schwarz-)Handel mit dem großen Nachbarn Nigeria – immer noch Überlebensmöglichkeiten (s. Kap. 2).

Der politische Streit um die F CFA-Abwertung (12.01.94) machte deutlich, daß es hier nicht nur um ein wirtschaftliches Problem geht, sondern daß dahinter ein grundlegendes gesellschaftliches Problem steht, nämlich ein politischer Machtwechsel zwischen konkurrierenden strategischen Gruppen im Land: Die neue Elite der westlich ausgebildeten „Technokraten“ (wie dem ehemaligen Weltbank-Direktor in Paris und jetzigen Staatspräsidenten Soglo) gewinnt mit der wirtschaftlichen und politischen Liberalisierung gegenüber den afrikanischen Führern der ersten Generation nach der Unabhängigkeit relativ an Gewicht. Die Zukunftsaussichten der beninischen Kleinbürger haben sich demgegenüber angesichts abwertungsbedingter steigender Preise – nicht nur für Importe – bei stagnierenden Einkommen sowie Personalabbau im Öffentlichen Dienst, kurz- und mittelfristig verdüstert: *Nous sommes tous dévalués*, war der zusammenfassende Kommentar in einer Tageszeitung.

Die Bevölkerung auf dem **Lande** ist sozial heterogen zusammengesetzt. Abgesehen von einer kleinen Schicht semi-feudaler Grundherren, etwa bei den Bariba im Norden, gibt es im Einzugsbereich der größeren Städte eine sich ausbreitende Schicht von *absentée landlords* sowie eine **ausgeprägte sozio-ökonomische Differenzierung innerhalb des Dorfes** in Groß-, Mittel- und Kleinbauernfamilien sowie Tagelöhner oder Wanderarbeiter. Im Süden des Landes beispielsweise besitzt eine kleine Schicht von Großbauern (15% der Bevölkerung) rund 30% der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Die ungleiche schichtspezifische Ressourcen-Verteilung äußert sich aber nicht nur im

Grundbesitz, sondern sie bewirkt auch **jeweils divergierende Rentabilitätskalküle und Überlebensstrategien dieser Klassen und Schichten auf dem Lande**. Deren mangelnde Berücksichtigung bei der Durchführung ländlicher Entwicklungsprojekte ist einer der Hauptgründe für die beobachtete Ineffizienz der Maßnahmen.

Die **geschlechtsspezifische Differenzierung** ist je nach regional-ethnischer Herkunft unterschiedlich ausgeprägt. Während bei den Fon und Yoruba im Süden die Frauen noch einen relativ großen autonomen Handlungsspielraum in der landwirtschaftlichen Produktion (ein Drittel der Nahrungsmittel wird von Frauen produziert), im Handel, der Verarbeitung und im Handwerk haben und sich oft aktiver als ihre Männer in die Geldwirtschaft integrieren (müssen), wird die Frau bei den islamisierten Ethnien des Nordens stärker geschlechtsspezifischen Ausbeutungsmechanismen unterworfen. Generell gilt, daß mit der zunehmenden Marginalisierung der Mehrheit der bäuerlichen Familien der Frau ein immer größerer Teil der Funktion der Überlebenssicherung der Familie aufgebürdet wird.

Stand: März 1994  
Verfasser: Dr. Dirk Kohnert  
Institut für Afrika-Kunde, Hamburg

#### Literatur

- Bierschenk, T./Elwert, G./Kohnert, D., (1991), „Langzeitfolgen der Entwicklungshilfe – Empirische Untersuchungen im ländlichen Westafrika“, *Afrika Spectrum*, 26 (1991) 2:155 – 180
- Cornevin, Robert (1981), „La République Populaire du Bénin. Des Origines Dahoméennes à nos Jours“, Paris, Academie de Sc. d’Outre-Mer
- Daane, J.R.V. / Mongbo, Roche L. (1991), „Peasant influence on development projects in Benin: a critical analysis“, *Genève-Afrique*, 29 (1991) 2:49-76
- De Haan, L. / Van Driel, A. / Kruithof, A. (1990), „From symbiosis to polarization? Peasants and pastoralists in Northern Benin“, *Indian Geographical Journal*, 66 (1990): 51-65
- Elwert, Georg (1983), „Bauern und Staat in Westafrika. Die Verflechtung sozio-ökonomischer Sektoren am Beispiel Bénin“, Frankfurt, Campus
- Elwert, G./Elwert-Kretschmer, K. (1991), „Mit den Augen der Beniner – Eine andere Evaluation von 25 Jahren DED in Bénin“, Berlin, DED
- Hountondji, Paulin (1980), „Sur la Philosophie Africaine“, Maspero
- Igué, John /Soule, Bio E. (1992), „L’Etat entrepôt au Bénin: Commerce informel ou solution à la crise?“, Ed. Karthala, Paris
- Kohnert, D. (1992), „Benin“, Länderartikel im *Afrika-Jahrbuch 1990 ff.*, Institut für Afrika-Kunde/Hofmeier (Hrsg.), Leske & Budrich, Opladen
- Kohnert, Dirk /Preuß, Hans-Joachim (1992), „Vom Camarade zum Monsieur. Strukturanpassung und Demokratisierung in Benin“, *Peripherie*, 46 (1992):47 – 70
- Lachenmann, Gudrun (1982), „Entkolonialisierung der Gesundheit – Theorie und Praxis der Gesundheitsversorgung in Namibia und Bénin“, Dissenhofen, Rügger
- Lombard, J. (1965), „Structures de type ‘féodale’ en Afrique noire. Etudes des dynamismes internes et des relations sociales chez les Bariba du Dahomey“, Mouton, Paris
- Mondjannagni, Alfred C. (1977), „Campagnes et Villes au Sud de la République Populaire du Bénin“, Paris, Mouton
- Pfeiffer, Verena (1988), „Agriculture au Sud-Bénin – Passé et Perspectives“, Paris, L’Harmattan
- Polanyi, Karl (1966), „Dahomey and the Slave Trade: An Analysis of an Archaic Economy“, Washington, Seattle